



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am 10. November 2015
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>	Michaela Apel (SPD)
Anwesende Ausschussmitglieder:	siehe Anlage 1
Ferner anwesend:	siehe Anlage 2
Tagesordnung:	siehe Anlage 3
Veröffentlichung:	siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil): 17:10 Uhr	Ende: 19:00 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten 44/15, 45/15 und 47/15.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0081 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0082 Genehmigung der Niederschrift vom 22.09.2015

Die Niederschrift über die Sitzung am 22.09.2015 wird genehmigt.

Einstimmig

0083 **15-F-33-0076**

Finanzierung von Sprachkursen durch die Arbeitsagentur
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 04.11.2015 -

Einstimmig

0084 **15-F-03-0113**

Haushaltsberatungen für Bürgerinnen und Bürger transparent und nachvollziehbar
machen - 1. Schritt - Haushaltsplan veröffentlichen
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 26.10.2015 -

Stv. Schickel gibt zu bedenken, dass der Haushalt durch die verschiedenen Begriffe, die nicht unbedingt gängig sind, für einen Laien schlecht zu lesen ist. Außerdem sei der Haushalt noch nicht endgültig erstellt, so dass Irritationen nicht auszuschließen sind.

Er schlägt vor, den Antrag als eingebracht zu betrachten und ihn nach Festlegung aller Positionen erneut aufzurufen.

Stv. Seipel-Rotter hofft, dass der verabschiedete Haushalt im Netz veröffentlicht wird, aber dann hat sich dieser Antrag erledigt. Er wünscht sich, dass man den Prozess der Entstehung des Haushalts mit verfolgen kann. Er kann dem Vorschlag von Stv. Schickel nicht folgen.

Auch Stv. Dr. Wittkowski und Dumont du Voitel halten es für verfrüht, den Haushalt zum jetzigen Zeitpunkt zu veröffentlichen.

Außerdem habe genug Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld stattgefunden.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen wird daher wie folgt abgestimmt:

gegen Grüne abgelehnt

0085 15-F-05-0018

Nachwuchssorgen bei der Feuerwehr der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der FDP vom 02.11.2015 -

Herr Hagen Müller (Leiter der Berufsfeuerwehr Wiesbaden) ist zu diesem Punkt anwesend. Er teilt mit, dass es in Wiesbaden 20 Freiwillige Feuerwehren gibt, von denen 19 eine Jugendfeuerwehr haben. Dort gibt es 269 Mitglieder. Außerdem gibt es 11 Freiwillige Feuerwehren mit Kindergruppen (6 - 12jährige).

Er weist auf die Diskussion zu diesem Thema vor einigen Jahren hin. Nach wie vor ist die Begeisterung von Kindern für die Feuerwehr vorhanden und die Freiwilligen Feuerwehren sind in Bezug auf Kinder- und Jugendarbeit sehr aktiv. Mit zunehmendem Alter ist es dann aber oft zeitlich nicht mehr möglich, Brandschutzlehrgänge neben der schulischen und sportlichen Belastung zu besuchen, da diese mehrere Wochenenden hintereinander in Anspruch nehmen. Die Nachwuchssorgen beziehen sich noch nicht auf Wiesbaden.

Für das Jahr 2018 ist angedacht, den Delegiertentag der Hessischen Jugendfeuerwehren nach Wiesbaden zu holen. Dazu wird es zeitnah eine Sitzungsvorlage geben.

Auf Nachfrage teilt Herr Müller mit, dass Jugendliche bei der Feuerwehr die sog. Jugendflamme erwerben können, bei der fachliche Fragen und praktische Übungen absolviert werden müssen. Diese ist bundesweit anerkannt.

Der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt bei den in der Jugendfeuerwehr aktiven Jugendlichen bei ca. 10 bis 15 %.

In der Verwaltung und den Werkstätten der Feuerwehr werden auch Schülerpraktika angeboten, nicht aber im Einsatzdienst.

Zurzeit sind 2 Frauen im Einsatzdienst der Berufsfeuerwehr tätig. Die Zahl der Bewerberinnen ist in der Regel sehr gering; die Frauen scheitern in der Regel an den sportlichen Prüfungen.

Es besteht Einigkeit, dass jede Form der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden sollte.

Der größte Teil des Antrages ist durch Aussprache erledigt. Der Ausschuss bekräftigt Punkt 4 des Antrages und fasst folgenden Beschluss:

1. Der Antrag der FDP vom 02.11.2015 betr.

Nachwuchssorgen bei der Feuerwehr der Landeshauptstadt Wiesbaden

hat in den Ziffern 1 bis 3 durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

2. Ziffer 4 des Antrages wird angenommen.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

(Ziffer 4 besagt:

Würde es der Magistrat für sinnvoll halten, das Thema „Feuerwehr“ als Hauptthema bei einem der „Tage der Jugend im Rathaus“ zu behandeln, um auch diese Möglichkeit einer gezielten Ansprache zu nutzen?)

Einstimmig

0086 15-F-05-0015

"Jahr der Städtepartnerschaften" - Finanzierung
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 14.09.2015 -

Der Antrag der FDP hat durch den schriftlich vorgelegten Bericht seine Erledigung gefunden.

Die fehlerhafte Datumsangabe „Samstag, 22.04.2015“ in Ziffer 4 des Berichts wird geklärt.

Einstimmig

0087 14-V-12-0001

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

Die schriftlich vorgelegten Berichte werden zur Kenntnis genommen.

Herr Simon teilt mit, dass man sich in der Endphase des Projekts befindet. Workshops haben stattgefunden, die Online-Befragung wurde durchgeführt (10.000 Seitenaufrufe, 1.120 Bewertungen, 75 Personen registriert, 206 Kommentare), zentrale Punkte wurden im Amtsleiterplenium vorgestellt, das Rechtsamt hat Stellung zur der vorgelegte Endfassung genommen, eine Sitzungsvorlage ist vorbereitet und soll noch in diesem Jahr durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Die Servicestelle ist noch im Detail zu klären.

Ein Schreiben des Stadtjugendrings an die Mitglieder der Steuerungsgruppe und den Oberbürgermeister hat zu Irritationen geführt. Dazu wird es ein Klärungsgespräch geben, um Missverständnisse auszuräumen. Sein Bereich wird dem Oberbürgermeister vorschlagen, den Brief des Stadtjugendrings zu beantworten.

Einstimmig

0088 Bericht der Dezernentin

Frau Stadträtin Scholz berichtet über folgende Punkte:

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
1. Durch die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen und die sich daraus ergebenden rechtlichen Änderungen kommen vielfältige zusätzliche Aufgaben auf die Ausländerbehörde zu, die mit dem vorhandenen Personal nicht zu bewältigen sind. Sie bittet darum, dies bei den anstehenden Haushaltsberatungen zu berücksichtigen.
 2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden beteiligt sich am Integrationsplan des Landes Hessen. Die 1. Integrationskonferenz hat bereits stattgefunden, die 2. ist für den 19.11.2015 terminiert.
 3. Der Wegweiser für Migrantinnen und Migranten „Willkommen in Wiesbaden“ ist fertig gestellt und wird unter dem entsprechenden Punkt der heutigen Tagesordnung vorgestellt.
 4. Frau Stadträtin Scholz erklärt, dass aus Sicht ihres Dezernates nichts dagegen spricht, das Gutachten des Rechtsamtes zu den rechtlichen Rahmenbedingungen des Ausländerbeirats im Magistrat zu behandeln.

0089 13-F-33-0015

Wegweiser durch die Wiesbadener Integrations-Beratungsangebote
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 05.02.2013 -

1. Der Power-Point-Vortrag von Frau Lecke und Herrn Burgmeier, in dem die Broschüre „Willkommen in Wiesbaden“ vorgestellt wird, wird zur Kenntnis genommen.
2. Des Weiteren wird zur Kenntnis genommen, dass
 - die Broschüre auch online abrufbar ist, der Zugang aber noch vereinfacht werden soll,
 - die Übersetzung der Broschüre in Arabisch und Englisch angedacht ist,

Der gem. Antrag von CDU und SPD hat durch den weiteren Bericht seine Erledigung gefunden.

Dezernat V wird über die Verbesserung des Online-Zugangs und weitere Übersetzungen berichten.

Einstimmig

0090 15-A-21-0001

Maßnahmen Extremismusprävention, Schwerpunkt Salafismus

- I. Es wird zur Kenntnis genommen, dass eine kommunale Beratungsstelle Salafismus auf den Weg gebracht wurde.
- II. Zu diesem Punkt werden 3 Projekte vorgestellt:
 1. Herr Imam Husamuddin Meyer ist Ansprechpartner bei der Hotline Salafismus. Diese Hotline existiert seit einem Monat und ist über Handy erreichbar.

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 10. November 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

2. Herr Hendrik Hartemann (Spiegelbild/Stadtjugendring) ist dabei, ein Workshop-Konzept für Schulen und eine flankierende Lehrerfortbildung zu entwickeln. Mit einem Probelauf wird im 1. Halbjahr 2016 gerechnet.
3. Herr Böß (Amt für Integration und Zuwanderung) wird für die Besitzer der Juleica kostenlose Fortbildungen zu dem Thema Salafismus anbieten. Der Stadtjugendring unterstützt die Werbemaßnahmen.

Einstimmig

0091 15-V-30-0009

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Bierstadt (mit Wi.-Breckenheim, Wi.-Ilgstadt, Wi.-Heßloch u. Wi.-Kloppenheim).

Einstimmig

0092 15-V-30-0013

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden XI (Wiesbaden-Nordenstadt/ Delkenheim)

Einstimmig

0093 15-V-34-0002

Auswirkungen des neuen Bundesmeldegesetzes auf das Bürgeramt

Einstimmig

0094 Verschiedenes

Herr Yilmaz (Vertreter Ausländerbeirat) weist auf die Wahl des Ausländerbeirates am 29.11.2015, für die zum ersten Mal Briefwahl möglich ist.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .12.2015

Vorsitzende

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Apel

Weck

Koba